

## Niederschrift

### zur Sitzung des Ausschusses für Kultur und Soziales der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2003/2008)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 01.06.2006	18:00 - 19:30 Uhr	Städtisches Gymnasium, Holzstraße 1A

#### Anwesenheit

##### **Fraktion Die Linke. PDS Fürstenwalde**

Fiedler, Monika  
Gollmer, Martin  
Reibsch, Heike  
Wobring, Karsten

##### **CDU-Fraktion**

Lehmann, Karin  
Römer, Marion

##### **SPD-Fraktion**

Hemmerling, Rita  
Wagner, Elke

##### **FDP-Fraktion**

Ksink, Reinhard

##### **Bündnis 90/Die Grünen**

Czerwinske, Inge

##### **Sachkundige BürgerInnen**

Bogdan, Matthias  
Kaiser, Katrin  
Runge, Klaus  
Schumann, Petra  
Stachat, Susanne Dr.

##### **Verwaltung**

Politz, Andreas  
Schickert, Andrea  
Trilling, Anne-Gret

##### **Gäste**

Zagani, Victoria  
Frau Schenk, Staatliches Schulamt FFO  
Frau Kunth, Schulverwaltungsamt LOS  
Frau Jentsch, Schulleiterin städtisches Gymnasium  
Frau Gäbel-Momber, Lehrerin  
Herr Tramm, Herr Hoffmann, Herr Elsper, Lehrer

Florian Wendt, Schülersprecher

**Abwesend**

**CDU-Fraktion**

Lachmann, Hans-Joachim

Pohl, Heiko

**SPD-Fraktion**

Bluschke, Helga

**Sachkundige BürgerInnen**

Stanslawski, Daniela

**TOP 1 Bestätigung der Tagesordnung der 24. Sitzung**

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird **einstimmig** bestätigt.

**TOP 2 Bestätigung der Niederschrift der 23. Sitzung**

Frau Czerwinske fragt nach, ob bereits eine Entscheidung getroffen wurde, in welcher Sitzung Informationen zum neuen Stand des Museums gegeben werden.

Herr Politz antwortet, dass das Museum auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt wird.

Die Niederschrift wird **einstimmig bei 1 Enthaltung** bestätigt.

**TOP 3 Drucksachen öffentliche Sitzung (liegen nicht vor)**

**TOP 3.1 Informationen und Diskussion zur Schulsituation des städtischen Gymnasiums**

**Herr Politz** stellt die Situation am Städtischen Gymnasium dar. Er informierte noch einmal darüber, dass 40 Kinder, die die Zugangsbedingungen fürs Gymnasium erfüllen, nicht ausreichen zur Bildung von zwei Klassen in Klassenstufe 7.

Selbst bei Eröffnung von zwei 7. Klassen in diesem Jahr würde es spätestens ab 2007 nicht mehr gelingen, selbständig am Städtischen Gymnasium eine gymnasiale Oberstufe zu organisieren. Aus zwei 10. Klassen wird es keine 50 Schüler für die gymnasiale Ausbildung geben. Das Auslassen einzelner Klassenstufen würde zu einer Absenkung des Kursangebotes führen.

Die Schulauflösung des Städtischen Gymnasiums kann sicherlich noch herausgezögert werden. Eine schnelle Auflösung ist aber im Interesse aller Schüler und Eltern, weil sie neue Perspektiven aufzeigt. Mit einem größeren Gymnasium kann auch eine größere Ausbildungsvielfalt angeboten werden.

**Die Verwaltung favorisiert den frühestmöglichen Zeitpunkt der Schließung des Städtischen Gymnasiums.**

Durch diese Schließung wird es keine negativen Auswirkungen auf die Schüler des Städtischen Gymnasiums geben. Die Kreisverwaltung wird das jetzige Gebäude in der Holzstraße 1 A ebenfalls für die Zwecke der gymnasialen Beschulung nutzen.

Gemeinsam mit dem staatlichen Schulamt und den Lehrer- und Schülervertretungen werden wir beraten, wie die Klassenverbände erhalten werden können. Das gilt besonders für die Prüfungsklassenstufen 10 und 13.

**Frau Schenk**, als zuständige Schulrätin des Staatlichen Schulamtes FFO, stellt die Situation am Städtischen Gymnasium aus der Sicht des Staatlichen Schulamtes dar. Es ist nicht gelungen, die notwendige Schülerzahl zur Bildung der 7. Klassen zu erbringen. Das ist zurückzuführen auf den Rückgang der Schülerzahlen als auch auf das Anwahlverhalten. Weiterhin verweist Frau Schenk auf das überproportional hohe Anwählen der Gymnasien in der Region Fürstenwalde in Höhe von 60 %. Das entspricht nicht dem Landesdurchschnitt. Viele dieser Schüler sind für die gymnasiale Ausbildung nicht geeignet.

Frau Schenk verweist ebenfalls darauf, dass zum Schuljahr 2006/2007 nicht mehr genügend Schüler sich für die Bildung der Jahrgangsstufe 11 am Städtischen Gymnasium bewerben. Die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl ist 50 Schülerinnen und Schüler.

Weiterhin stellt Frau Schenk dar, dass sich die gymnasiale Ausbildung im Umbruch befindet. Neben der Reduzierung auf 12 Schuljahre steht die Einführung neuer Rahmenlehrpläne bevor. Das beginnt mit den Jahrgangsstufen 12/13 und setzt sich fort mit der Jahrgangsstufe 10. Die Rahmenlehrpläne sind so gefasst, dass die Fachkonferenzen schulinterne Pläne zur Umsetzung der Rahmenlehrpläne erarbeiten müssen.

Frau Schenk plädiert ebenfalls für eine schnelle Schließung des Städtischen Gymnasiums. Die Fachkonferenzen müssen unmittelbar die Zusammenarbeit suchen.

In Abschlussjahrgängen (Klasse 10, 13) werden die gegenwärtigen Klassen und Kurse komplett überführt. Die Leiterin des Staatlichen Schulamtes hat dem bereits zugestimmt.

**Frau Kunth** stellt die Situation aus der Sicht des Landkreises Oder-Spree dar. Gemäß Brandenburgischen Schulgesetz ist der Landkreis verpflichtet, ausreichend Plätze für die gymnasiale Ausbildung bereit zu stellen. Der Landkreis geht dabei von einer realistischen Übergangsquote zum Gymnasium von 30-35 % aus. Der Landkreis führt bereits in unmittelbarer Nähe in der Frankfurter Straße ein Gymnasium. Das Gebäude in der Frankfurter Straße reicht jedoch für eine angemessene Beschulung nicht aus. Der Landkreis will das Gebäude in der Holzstraße weiter für das jetzige kreisliche Gymnasium nutzen.

## Diskussion

**Frau Wagner** plädiert auch dafür, eine schnelle Lösung herbeizuführen. Unsicherheiten bei der Trägerschaft des Städtischen Gymnasiums bestehen bereits seit zwei Jahren. Frau Wagner stört das Wort **Schließung**. Sie plädiert in der Sprachregelung eher für das Wort Fusion. An Frau Kunth richtet sie die Frage, ob es bereits Vorüberlegungen zur Nutzung des Gebäudes in der Holzstraße 1A gibt?

**Frau Kunth** antwortet, dass es dazu bereits Vorüberlegungen gibt, die Tendenz aber zu einer Mischnutzung geht.

**Frau Czerwinske** sieht die Entstehung der Probleme in erster Linie in den Zahlen. An den Ort und an die Lehrer sind Bindungen entstanden. Beim Planspiel „Kommunalpolitik“ am Städtischen Gymnasium haben die Schüler den Antrag gestellt, alles zu unternehmen, das Städtische Gymnasium zu erhalten. Frau Czerwinske macht die Schließung des Städtischen Gymnasiums betroffen. Die Elternschaft hat schriftlich nichts erfahren. Sie zitiert aus der Schulentwicklungsplanung der Stadt Fürstenwalde für den Zeitraum 2002-2007. Die Gefahr ist hier bereits erkannt worden.

Hätte man bei der Verteilung der Schüler zwischen dem Städtischen Gymnasium und dem kreislichen Gymnasium besser lenken können? Was geschieht mit dem Kursangebot Psychologie? Welche Perspektiven gibt es überhaupt im Kurssystem? Warum sind die Eltern bisher nicht informiert worden?

**Herr Politz** antwortet, dass die Verwaltung die Bindung der Schüler ans Städtische Gymnasium ebenfalls positiv sieht. Entscheidend ist jedoch, dass die Anzahl der Erst-Bewerbungen zur Fortführung des Gymnasiums nicht ausreichend waren. Letztlich hat das Wahlverhalten der Schülerinnen und Schüler und deren Eltern entschieden. Der Landkreis hat sein Gymnasium auf drei Züge beschränkt. Unabhängig davon waren die Bewerbungszahlen am Städtischen Gymnasium trotzdem nicht ausreichend. Das Staatliche Schulamt kann die Eröffnung von zusätzlichen Klassen anordnen, sofern die räumliche Kapazität vorhanden ist. Das ist passiert. Es liegt nicht im Benehmen des Landkreises, nach Bedarf Klassen umzulenken. Nur Werben hätte zu einem anderen Ergebnis geführt. Die Schule hat auch viel unternommen auf diesem Gebiet. Der Rückgang der Schülerzahlen war stärker. Wir haben unsere Möglichkeiten als Schulträger auch wahrgenommen.

**Frau Schenk** legt dar, dass das Staatliche Schulamt bemüht ist, für alle Schüler die angewählten Fächerkombinationen abzusichern. Das trifft auch auf den Kurs Pädagogik/Psychologie zu. Auch das Staatliche Schulamt FFO weiß nicht, was die Zukunft bringt. Das Staatliche Schulamt FFO ist im Schuljahr 2006/2007 abgebendes Schulamt. Das wird auch im Schuljahr 2007/2008 so sein. Im Gegensatz dazu ist Potsdam aufnehmendes Schulamt. Auf Zwangsversetzungen zum neuen Schuljahr kann allerdings verzichtet werden, da viele Lehrkräfte auf Stunden verzichtet haben, ohne Gehaltsausgleich.

**Frau Czerwinske** fragt nach, wer entscheidet über die jeweiligen Versetzungen?

**Frau Schenk** antwortet, dass diese Entscheidungsbefugnisse beim MBS liegen. Die Bildungspolitik gestalten die Abgeordneten.

**Frau Czerwinske** erklärt, dass dieses keine gute Politik ist. Wir alle wissen, wie wichtig Kontinuität in der Bildungspolitik ist. Die Art ist nicht hinnehmbar. Wir vergeben uns eine Chance in Brandenburg.

**Herr Politz** verweist nochmals auf den § 107 des Brandenburgischen Schulgesetzes. Nach diesen Bestimmungen geht bei einer Übertragung der Schulträgerschaft das Schulvermögen auf den neuen Schulträger über. § 107 (3) des Brandenburgischen Schulgesetzes legt fest, dass eine Rückübertragung dann erfolgt, wenn das Schulvermögen nicht mehr für schulische Zwecke genutzt wird.

**Herr Runge** stellt die Frage, warum es möglich ist, dass das private Gymnasium Grünheide in Klassenstufe 7 mit einer 7. Klasse beginnen kann?

**Frau Schenk** antwortet, dass für private Schulen andere Bestimmungen gelten.

**Frau Czerwinske** fragt nach dem Stand der Beteiligung der Schulkonferenz und beantragt gleichzeitig **Rederecht für Frau Jentzsch**.

**Abstimmung: einstimmig**

**Frau Jentzsch** legt dar, dass die Gesamtproblematik nicht neu ist. Durch ein umfangreiches Angebot der gymnasialen Ausbildung in der Stadt Fürstenwalde von staatlichen und privaten Trägern war es für das Städtische Gymnasium immer schwierig, ausreichend Erstbewerbungen zu haben. Da die Schülerzahlen jetzt nicht mehr ausreichend sind, ist so. Man sollte eine Schließung nicht als Makel ansehen. Es ergeben sich so breitere Möglichkeiten für eine Kursbildung. Schüler müssen für einen Übergang zum Gymnasium auch Voraussetzungen mitbringen. Eine Übergangsquote von 60% ist unrealistisch. Die durchgeführten Eignungsgespräche haben auch gezeigt, dass einige Schüler überfordert gewesen wären. Schüler- und Elternsprecher waren über die gegenwärtige Situation informiert.

**Frau Fiedler** unterstützt die Aussagen von Frau Jentzsch. Es ist schwierig für die Schule, über Sachen zu informieren, die nicht entschieden sind.

Es wird nochmals um eine Stellungnahme der Schülervertretung gebeten. Dazu wird Rederecht für den Schülervertreter **Florian Wendt** beantragt.

**Abstimmung: einstimmig**

**Florian Wendt** legt die Situation aus der Sicht der Schüler dar. Es haben sich auch bei den Schülern über all die Jahre enge Bindungen zum Städtischen Gymnasium entwickelt. Wenn die Situation jetzt so ist, dann möchten die Schüler wissen, wie es mit der gymnasialen Ausbildung, den Kursen, Fächern und dem Lehrereinsatz weiter geht.

Frau Fiedler schlägt vor, jetzt die notwendigen Festlegungen zur Auflösung des Städtischen Gymnasiums und zur Fusion mit dem kreislichen Gymnasium vorzubereiten.

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen zur Auflösung des Städtischen Gymnasiums und zur Fusion/Überführung der Klassen/Kurse und des Gebäudes mit dem kreislichen Gymnasium zum frühest möglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch zum Schuljahr 2007/2008.

**Abstimmung: -einstimmig-**

**TOP 4 Informationen der Verwaltung**

**Herr Politz** informiert die Abgeordneten über das am Samstag, dem 3.06.2006, am Spreebogen stattfindende traditionelle Drachenbootrennen. Er bittet die Abgeordneten um zahlreiche Teilnahme.

Frau Trilling informiert die Abgeordneten über folgende Punkte:

1. Die Arbeit des Frauenhauses ist weiter gesichert. 2 MAE- Stellen konnten in SVT- Stellen umgewandelt werden. Eine MAE-Stelle wurde verlängert und eine MAE-Stelle zusätzlich genehmigt.
2. Beim Kompetenzzentrum für Verzahnung und Chancengleichheit (LOS) sind ab dem 8.06.2006 2 SVT-Stellen genehmigt. Damit kann auch das Projekt „Betreuung Alleinerziehender“ fortgeführt werden. Das Projekt beinhaltet auch die Erstellung des Familienkataloges.
3. Beim Projekt KIEZ/KOM wurde eine MAE-Stelle in eine SVT-Stelle umgewandelt. MAE-Stellen wurden verlängert und 3 MAE-Stellen neu genehmigt. Die Mitarbeiter sind darüber glücklich. Weiterhin ist beim Projekt Kiez/Kom eine Praktikantin tätig. Der Zulauf ist insgesamt gut.

**TOP 5 Anfragen an die Verwaltung**

**Frau Wagner** bittet Frau Trilling nach einer Amtszeit von 6 Monaten als Gleichstellungsbeauftragte um einen kurzen Tätigkeitsbericht in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses. Welche Schwerpunkte haben sich ergeben und welcher Zeitaufwand war notwendig ?

**Frau Trilling** antwortet, dass sie zum Zeitpunkt der nächsten Sitzung verhindert ist. In der dann folgenden Sitzung kann das als TOP festgelegt werden.

**Frau Czerwinske** fragt, ob bereits Entscheidungen bezüglich des CTA-Kulturvereins getroffen wurden?

**Herr Politz** antwortet, dass der Termin der 12.06.2006 ist. Die entscheidende Runde tagt am Montag, den 12.06.06 . Die Entscheidung wird in der nächsten Sitzung mitgeteilt.

**TOP 6 Beendigung der öffentlichen Sitzung**

Die öffentliche Sitzung wird beendet . Die Niederschrift umfasst 6 Seiten.

Monika Fiedler  
Vorsitzende

Schriftführer